

„Die Regierung der Entschlusskraft und Hoffnung“ Ein Jahr Ruḥāni

Walter Posch
(IranBRIEF/Z/2/24)

Zeitschriftenschau

No/Z/2/14

Beobachtungszeitraum: Juli13-Juni14; Abgeschlossen am 10. Juni 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde. Heute erhalten Sie/erhaltet Ihr die zweite Nummer des IranBRIEF, die gleichzeitig die erste Zeitschriftenschau ist. In den Zeitschriftenschauen werte ich vor allem *Hamšahri Māh* und *Hamšahri Diplomatie* aus und ergänze dies mit ausgewählten iranischen Internetseiten und Artikeln aus der orientalistischen Fachliteratur. Wie üblich versuche ich Themen zu behandeln, die in der Regel unter der Wahrnehmungsgrenze der normalen Iranberichterstattung deutschsprachiger Medien liegen, die aber nach meiner Meinung größere Aufmerksamkeit verdienen. Hyperlinks statt Fußnoten im IranBRIEF dienen der Lesbarkeit und dem Quellennachweis. Ältere IranBRIEFs finden Sie/findet Ihr unter meinem Konto bei „Academia“ (<https://swp-berlin.academia.edu/WalterPosch>), verkürzte Versionen der Hintergrundberichte (IranBRIEF/H) werden in der *Zeitschrift Zenith* veröffentlicht. Anregungen und Kritik nur *per postam electronicam* an wposch66@gmail.com.

Inhalt

Innenpolitik	2
Von Aḥmadineżād zu Ruḥāni und Lāriḡāni.....	2
Die Prinzipalisten (I): Maḥmud <i>reloaded</i>	2
Die Prinzipalisten (II): Meṣbāḥ-Yazdi isoliert.....	3
Neu-Organisation der Reformisten: Blick auf die nächsten Parlamentswahlen	4
Das iranische Parlament und die Rolle Lāriḡānis	5
Wirtschaftspolitik: Liberalisierung und Verwaltungsreform.....	6
Pseudo-Privatisierung und Unterschleif.....	6
Wirtschaftstheorie als Sicherheitspolitik	7
Verwaltungsreform	8
Außenpolitik	9
Atomstreit und Innere Opposition	9
Internationale Atompolitik.....	10
US-Iranische Beziehungen.....	10
Iran und die Staaten der Region.....	11
Syrien und Ägypten	12
<i>takfiri</i>	12
Saudi Arabien	13
Türkei.....	13

Innenpolitik

Die Regierung Ruḥāni trat nicht von ungefähr unter dem Slogan „Entschlußkraft und Hoffnung“ (*tadbir va omid*) an. Es ging in erster Linie darum, das während der Aḥmadinežād Zeit zerstörte Vertrauen der Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft in die Handlungsfähigkeit des iranischen Staatsapparates wieder herzustellen. Erreicht wurde dies durch die Wiederbelebung politischer und wirtschaftlicher Konzepte der Rafsanḡani Zeit. Dazu gehörten auch die Rückkehr altbewährter technokratischer Kader und die Reintegration von Teilen der Reformisten. Extremistische Gruppen wurden dabei neutralisiert, aber nicht ausgeschaltet. Sie scheinen aber keine nennenswerte Störpotentiale mehr zu besitzen und Ruḥāni kann wichtige Reformen in der Wirtschaft und in der Verwaltung angehen. Währen man hinsichtlich seiner Verwaltungsreform, die eine Stärkung der Eigenverantwortung der Provinzen vorsieht, durchaus optimistisch sein darf, ist Skeptizismus bei der Ruḥānischen Wirtschaftsreform angebracht. Trotz aller Bekenntnisse zum freien Unternehmertum, das als einziges in der Lage wäre, langfristig zur Gesundung der Wirtschaft und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen, sind die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen überwiegend staatsdirigistisch.

Von Aḥmadinežād zu Ruḥāni und Lāriḡāni

Nach der Wahl Dr. Ḥasan Ruḥānis analysierte *Hamšahri Māh* (HŠM/110, S. 46f.) vom Mordād 1392 (23. Juli-22. August 2013) die wichtigsten Unterschiede zwischen Expräsident Aḥmadinežād und seinem Amtsnachfolger: so wirkt Ruḥāni im Vergleich zum populistisch-hemdsärmeligen Aḥmadinežād elitär, und sein ruhiges, ausgleichendes Wesen unterscheidet ihn vom hektischen und immer unter Druck stehenden Tausendsassa. Beide gelten bzw. galten als Hoffnungsträger entgegengesetzter politischer Richtungen: Ruḥāni für die Reformisten (*eṣlāḡtālābān*) und Aḥmadinežād für die neofundamentalistischen Prinzipalisten (*oṣulgarāyān*). Doch beide haben ein ähnlich distanziertes Verhältnis zu ihren Unterstützern, der Rafsanḡāni nahe stehende Ruḥāni unterstützte zwar früher die Reformisten, gehörte aber nie wirklich zu ihnen ([siehe das SWP-Aktuell: Mäßigung statt Neuanfang](#)) und Aḥmadinežād hat sich von den Prinzipalisten in seiner zweiten Amtszeit so weit entfernt, dass seine Zugehörigkeit zu diesem Lager ebenfalls angezweifelt wurde.

Die Prinzipalisten (I): Maḥmud *reloaded*

An eine politische Zukunft Aḥmadinežāds wollte zwar niemand so wirklich glauben. Es wäre jedoch naiv gewesen, anzunehmen, dass der einzige echte Populist der Islamischen Republik Iran, welcher seit 2012 als Mitglied im von Rafsanḡāni geleiteten [Feststellungsrat \(*maǧmaʿ-e maslahat-e nezām*\)](#) sitzt und mit 58 Jahren noch relativ jung ist, seine eigene Karriere bereits als beendet betrachtete. Dennoch überrascht es, dass noch nicht einmal ein Jahr verstrichen war und schon berichteten fundamentalistische Webseiten wie *Šaffāf* seit März 2014 – also zeitgleich mit den ersten ernst zu nehmenden Propagandaaktionen der Hezboḷlāhis gegen die Regierung Ruḥāni (siehe IranBRIEF H/1/14) – von öffentlichen Auftritten von Personen aus dem unmittelbaren Umfeld des Ex-Präsidenten. So der gescheiterten Präsidentschaftskandidat Saʿid Ġalili und [Ġolāmḥoseyn Elḥām](#), letzterer forderte auch eine [Rückkehr Aḥmadinežāds in die Politik](#). Dass Aḥmadinežād allen Ernstes seinen Wiedereinstieg in die Tagespolitik plante, bestätigte auch der renommierte [Politikwissenschaftler Amir Moḥebbīyān](#). Die radikalen Fundamentalisten der Meṣbāḡ-Yazdi nahestehenden *Einheitsfront* stellten indes dem Wächterrat gegenüber klar, dass der ehemalige Präsident [auf keinem Fall mit ihrer Unterstützung rechnen kann](#). Dieser hatte jedoch schon sein offizielles „Comeback“ am 3. Juni 2014: Anlässlich des 25. Todestages Ḥomeynis hielt er eine Rede in einem der ärmeren Viertel der Stadt Mašhad, wo er, wenn man dem [Fotobericht bei Farāru](#) trauen darf, von einer begeisterten Menge empfangen wurde. Wie aus dem [Umfeld des Expräsidenten verlautete](#), steht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 1396/2017 schon fest. Aus denselben Zirkeln heißt es übrigens, dass Aḥmadinežād den Kontakt zu seinem ehemaligen Vizepräsidenten und Berater Esfaniyār Raḥīm Mašāʿi abgebrochen habe, dem wiederum sei eine Aussöhnung mit seinem Bruder Dāvud vorausgegangen. [Dieser hatte noch Ende Mai verkündet](#), dass

sein Bruder die Gruppe um Mašā'ī vor einiger Zeit aus seinem Umfeld entfernt hätte. Das mag stimmen, [doch Irans Fundamentalisten](#) haben seither Aḥmadinežāds und Mašā'ī immer wieder gemeinsam gesehen und zweifeln daher daran, dass Aḥmadinežād und Mašā'ī, die „eine Person in zwei Körpern“ seien, von nun an getrennte Wege gingen.

Unabhängig von der Frage des Schicksals Aḥmadinežāds und seiner Anhänger, konstatiert die [Webseite der Reformer Kalemeh](#), dass der Druck und die Angriffe auf den ehemaligen Präsidenten Moḥammad Ḥātami, der im Hintergrund als Unterstützer Ruḥānis eine gewisse Rolle spielt, seit der iranischen Jahreswende am 21. März 2014, massiv zugenommen haben. Insbesondere geht es darum, Besuche von Ministern und wichtigen Politikern bei Ḥātami als eine Art politisches Tabu darzustellen und diese dann in das Parlament zu zitieren. Ziel der Angriffe ist vor allem [Kultur- und Ideologieminister 'Ali Ḡannati](#). Bislang mit wenig Erfolg, so titelte die reformorientierte [Āftābnews](#): am 18. Farvardin 1393/7. April 2014: „Meine Herren! Macht Euch doch nicht vor allen Leuten lächerlich!“ Und Regierungssprecher Moḥammad Bāqer Noubaḥt ließ in [Āftāb](#) und [Šarg](#) mitteilen, dass [die Regierung ungeachtet aller Anwürfe ihre Arbeit fortsetzen wird](#).

Die Prinzipalisten (II): Mešbāḥ-Yazdi isoliert

Gegen Ende Mai wurde Präsident Ruḥāni selbst Ziel der Attacken. Willkommener Anlass waren *selfies* tanzender iranischer Jugendlicher auf *youtube*, in denen Frauen ohne Kopftuch zu sehen waren. Diese Szenen wurden auch [von westlichen Medien aufgenommen](#), die auch von der Festnahme der Jugendlichen berichteten. Gleichzeitig initiierte die in London lebende iranische Feministin [Mahnāz 'Alinežād auf ihrer Facebook](#) Seite eine Medienkampagne, in der sie Iranerinnen um Fotos ohne Kopftuch bat – mit großem Echo. Die Regierung Ruḥāni maß derlei Aktivitäten wenig Bedeutung bei und fuhr einen für die Islamische Republik relativ gemäßigten Kurs, woraufhin ihr von Seiten ihrer Gegner Schwäche in moralischen – sprich ideologischen Angelegenheiten vorgeworfen wurde. Ruḥāni parierte diesen Angriff mit [einer Attacke seinerseits](#), indem er feststellte, dass es nicht die Aufgabe der Islamischen Republik sei, die Bevölkerung mit der Peitsche ins Paradies zu treiben und der Staat möge sich möglichst wenig in das Leben der Menschen einmischen. Seine Angreifer disqualifizierte Ruḥāni als Arbeitslose, die die Religion zum eigenen Vorteil ausbeuten. Damit hat Ruḥāni, die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt, da er sich im Gegensatz zu Ex-Präsident Moḥammad Ḥātami von den radikalen Ḥezbollahis nicht beeindrucken lässt.

Einer der schärfsten Kritiker Ruḥānis war erwartungsgemäß Āyatollāh Aḥmad Ḥātami, der seine Freitagspredigt vom 9. Ḥordād 1393/30. Mai 2014 zum Anlass nahm, mit der moralischen Laxheit im Iran abzurechnen, gegen die die Regierung seiner Ansicht nach zu wenig unternimmt. Und selbstverständlich muss nach Ansicht des Āyatollāhs die Regierung notfalls auch Zwang anwenden, um die Gebote des Islam durchzusetzen [und „die Bevölkerung mit der Peitsche ins Paradies treiben“](#). Ein anderer [fundamentalistischen Hardliner](#), Ḡolāmḥoseyn Moḥseni-Ežā'ī, der wie Ruḥāni selbst aus dem Sicherheitsapparat stammt, sieht das anders: er unterstütze die Argumentationsweise Ruḥānis, indem er die Verantwortung des hohen Klerus für das Seelenheil der Gläubigen unterstrich. Während Aḥmad Ḥāt amis Kritik trotz ihres politischen Inhalts, kaum mehr als lästiges Störfeuer zu werten ist, versuchte sich Āyatollāh Moḥammad-Taqi Mešbāḥ-Yazdi [mit Ideologiekritik](#), die freilich in den Untiefen der persönlichen Angriffe stecken blieb. Mit Blick auf den Studienaufenthalt Ruḥānis in Großbritannien erwähnte er, dass man bei einigen Klerikern nicht genau wüsste, ob sie ihr Wissen in Qom oder in England erworben hätten. Persönliche Animositäten und Ehrgeiz sind Mitursache der polemischen Untergriffe Mešbāḥ-Yazdis, der sich und seine Anhänger als eine Art islamisches „Opus Dei“ sieht und gerne mit seiner Weltläufigkeit prahlt, die jedoch im krassen Gegensatz zu seinem kärglichen Englisch steht (siehe die „Hagiographie“ von Reżā Šan'ati, *Dustān-e Mešbāḥ: nāgoftāhāyi az zendegi-ye 'elmi va siyāsi-ye Āyatollāh-e Mešbāḥ-Yazdi*, Teheran 1383/2004). Die moderate [Webseite Farāru](#) interpretiert, dass Mešbāḥ-Yazdi in Ruḥāni tatsächlich einen Abweichler (*enḥerāfi*) sieht, gleichzeitig muss er sich seiner eigenen politischen Isolation in Qom bewusst sein, da er [nach einer Anlayse von Šaffāf](#) der einzige Āyatollāh mit einer nennenswerten Anhängerschaft ist, der

Ruḥāni angreift. (Aḥmad Ḥātami ist Freitagsprediger in Teheran). Im Kern geht es aber um einen Richtungsstreit zwischen den von Meṣbāḥ-Yazdi angeführten [Vertretern einer autoritären „Islamischen Herrschaft“ \(hokumat-e eslāmi\)](#), die im Prinzip nichts anderes als ein Führerstaat ohne nennenswertes Parlament ist und den Vertretern der Mehrheit, die die existierende parlamentarische Islamische Republik weiter ausbauen will. Diese Position, die in Ermangelung besserer Begriffe mit dem Oxymoron „islamistisch-demokratisch“ umschrieben werden soll, wurde jüngst wieder [vom Revolutionsführer persönlich bekräftigt](#). Dieser führte aus, dass Ḥomeyni Islamische Republik auf zwei Grundlagen fußt: die islamische Scharia, deren politischer Ausdruck die Islamische Republik ist und die Herrschaft des Volkes (*mardomsālāri*) verwirklicht durch Parlamentarismus und Wahlen. Damit widerspricht er deutlich den Ausführungen Meṣbāḥ-Yazdis, der noch vor einem Monat behauptet hatte, dass Ḥomeyni ausschließlich aus polit-taktischen Gründen seinerzeit die Islamische Republik ausrief, in Wirklichkeit jedoch einen islamischen Führerstaat hätte errichten wollen. Ḥāmenā'is Rede, in der er übrigens auch [Ruḥāni gegen alle Anwürfe verteidigte](#), wird Meṣbāḥ-Yazdi in der Politik noch mehr isolieren. In der Tat wird ihm Widerspruch von allen Seiten zuteil: am 17. Ḥordād 1393/7. Juni 2014 kritisierte der [konservative Abgeordnete 'Ali Moṭahhari Meṣbāḥ-Yazdi](#) in aller Öffentlichkeit ungefähr gleichzeitig wagte sich Moṣṭafā Faqihi, der Chefredakteur der Online Zeitung [Entehāb mit einer langen und tiefschürfenden Kritik](#) an Meṣbāḥ-Yazdi und seinen Anhängern aus der Deckung. Während der eigenwillige und einflussreiche Moṭahhari es sich leisten kann, gegen die Mächtigen Irans zu polemisieren, ist die bei *Entehāb* und Faqihi nicht der Fall: die Zeitung wurde unter Aḥmadineżād mehrmals verboten und Redaktionsmitglieder inhaftiert. Faqihi muss sich also sicher sein, dass das politische Klima sich in seinem Sinne stabilisiert hat und der Einfluss von Meṣbāḥ-Yazdi und dessen Anhängern am Schwinden ist.

Neu-Organisation der Reformisten: Blick auf die nächsten Parlamentswahlen

Im Vergleich zu den radikalen Elementen der Prinzipalisten verhalten sich die Reformkräfte auffallend ruhig. Zwar berichtet [Āftāb vom Treffen der wichtigsten Vertreter der Reformkräfte](#) Anfang April anlässlich des Begräbnisses von Ḥātamis Schwiegervater in Teheran, doch war diese Veranstaltung weit entfernt, eine Machtdemonstration zu sein. Die Führungskader der Reformisten setzen ganz traditionell auf personenbezogene Allianzen und Koalitionsbildungen untereinander ohne wirkliche Impulse von der jüngeren Generation aufzunehmen. Dieser wurde nur unmittelbar nach den Wahlen im Sommer 2013 etwas mehr Aufmerksamkeit zuteil. *Hamšahri Māh* veröffentlichte im Juli-August 2013 ein Interview mit Šahābaddin Ṭabaṭabā'i (*HŠM-110, 44f.*), einem Vertreter der jüngeren Generation der Reformisten, in welchem er betonte, dass die neue Generation „realistischer als die erste Generation der Reformisten“ sei. Sie stünden jedoch vor dem Problem, dass eine Zivilgesellschaft, die diesen Namen verdient, im Iran kaum existiert und damit nicht mobilisiert werden kann. Um diese zu schaffen, kommt Ṭabaṭabā'i ganz ohne Ironie zum typisch iranischen Schluss, dass die jungen Anhänger Ruḥānis in den Staatsdienst müssten, um den Aufbau von Organisationen und Institutionen für eine starke Zivilgesellschaft zu ermöglichen!

Die [Reorganisation des politischen Lagers der Reformisten](#) begann laut *Āftābnews* erst im Farvardin 1393/März-April 2014. Sie ist weitgehend den kommenden Parlamentswahlen geschuldet. Zwar kann noch nicht von einer richtigen Strategie gesprochen werden, doch haben sich Vertreter der verschiedenen Strömungen zu Gesprächen getroffen. Zu ihnen gehören der ehemalige Präsidentschaftskandidat Moḥammad Reżā 'Āref, das greise „Urgestein“ der Islamischen Revolution, 'Ali Akbar Nāṭeq-Nuri, sowie Moṣṭafā Mo'in, Ḥabibollāh Biṭaraf und Ebrāhim Aṣḡarzādā. Jeder von ihnen steht einem eigenen, lose geknüpften Netzwerk vor. Einigkeit herrscht immerhin dahingehend, dass man die Fehler der Vergangenheit vermeiden und Streit um die Spitzenplätze in den Wahllisten verhindern will. Als Spitzenkandidaten werden erwartungsgemäß 'Āref genannt und - etwas überraschend – Nāṭeq-Nuri, der in der Regel nicht mit liberalen Positionen auffällt. 'Āref, den auch Vertreter anderer Strömungen unterstützen würden, zielt sich und wird von Ebrāhim Aṣḡarzādā bedrängt, eine eigene Partei – „nach dem Vorbild Karrubis“ – zu gründen, um die Kader, die für seinen Wahlkampf gearbeitet haben, zu festigen und mit den Personal aus den Netzwerken anderer

Kandidaten zu ergänzen. Immerhin gilt die Tatsache, dass relativ früh mit den Vorbereitungen für die Parlamentswahlen begonnen wurde, als positives Zeichen. Doch die Wahlen finden erst in zwei Jahren statt und bis dahin, muss die Regierung Ruḥāni mit einem von verschiedenen prinzipalistischen und radikalen Strömungen dominierten Parlament vorlieb nehmen.

Darüber hinaus muss der in den letzten Jahren Aḥmadinežāds zerstörte politische Raum wieder geöffnet werden. Schließlich verdankt Ruḥāni seine Wahl auch der Hoffnung, dass wenn eine Rückkehr zu den liberalen Jahren Ḥātāmis nicht möglich ist, er wenigstens die Verhältnisse vor 1388/2009 wiederherstellt und seither unterdrückte politische Strömungen, Gruppen und Individuen wieder zurück lässt. Ruḥāni ging diese Frage offensiv an: am 25. Ordibehešt 1393/15. Mai 2014 [lud er 37 Reformpolitiker ein](#), darunter den Aufdeckungsjournalisten Moḥammad Qučāni in seiner Funktion als Generalsekretäre der Parteien *Kārgozarān* und den Sohn Rafsangānis, Moḥsen Hāšemi Rafsangāni, sowie die Parteisekretäre anderer Parteien, wie Karrubis *Eʿtemād-e Melli*, der *Islamischen Arbeiterpartei*, der *Gemeinschaft der Kämpfenden Kleriker* u.a., sowie ehemalige Abgeordnete und Akademiker. [Mit ihnen erörterte er die dramatische Lage des Landes](#), so hätte man ihn nach Amtsantritt darüber informiert, dass die Weizenvorräte in einigen iranischen Provinzen nur mehr für drei Monate reichen würden. Für dieses und für viele andere Probleme des Landes würde er Rat und Hilfe der Reformisten gerne annehmen. Damit hat Ruḥāni die Reformisten in die Vor-Ḥātāmischen Zeit zurückgebracht, indem er ihre Talente und Fähigkeiten als Technokraten und nicht als Demokraten würdigte. Dennoch ist Ruḥānis Absicht, Vertreter möglichst vieler politischer Strömungen einzubinden, deutlich erkennbar. Die Auswahl [des Innenministers ʿAbdolreżā Raḥmāni-Faḏli](#) darf ebenfalls in als Zeichen für den Willen Ruḥānis gelten, alle Fraktionen an der Macht zu beteiligen: dieser war in den 1980er Jahren Mitglied jener überparteilichen parlamentarischen Koalition, die die Annahme der Waffenstillstandsresolution 598 empfahl, mit der die Kampfhandlungen im langen Krieg gegen Irak beendet wurden. Freilich lässt sich auch Faḏli-Raḥmāni eindeutig einer Gruppe von Politikern zuordnen: er steht Parlamentspräsident Lāriḡāni nahe.

Das iranische Parlament und die Rolle Lāriḡānis

Ḥoḡḡatolestlām Dr. Ḥasan Ferdiun Ruḥāni hat zwar die Präsidentschaftswahlen gewonnen, doch seine Wahl ist auch als Abschluss eines Machtausgleichs innerhalb der politischen Elite des Landes zu verstehen. Maßgeblich beteiligt an diesem Ausgleich, der 2009-2011 stattfand, war Parlamentspräsident ʿAli Ardašir Lāriḡāni, Ziel war die möglichst breite Integration der verschiedenen politischen Strömungen. Hierzu bot sich das Zweigespann Lāriḡāni – Ruḥāni in idealer Weise an, während Lāriḡāni sich Respekt in bei den verschiedenen Strömungen der Prinzipalisten verschafft hat, bringt Ruḥāni die Pragmatiker Rafsangānis und einen Teil der Reformbewegung an die Schaltstellen der iranischen Politik zurück. Es verwundert also nicht, dass *Hamšahri Māh* vom Farvardin 1392/Jänner-Februar 2014 mit dem Aufmacher „zwei Präsidenten - eine Maßnahme“ (*do raʿis; yek tadbir*) titelt (so auch der Hauptartikel von *Seyyed Mehdi Mirbod HŠM/114, S. 40f*). Dabei gilt Lāriḡāni als Garant dafür, dass das Parlament die Regierungsarbeit nicht obstruiert, obschon ein gewisses „Filibustern“ zum politischen Alltag in der parlamentarischen Praxis der Islamischen Republik gehört. Neben der Hauptwaffe der Parlamentarier einzelne Minister nicht zu bestätigen oder ins Parlament zu zitieren, gehört der „Missbrauch“ der politischen Anfrage zu jenen Methoden, die bisher von jeder Regierung beanstandet wurden. Die Reaktion darauf waren entweder ein Einknicken der Regierung - z.B. unter Ḥātāmi oder totale Konfrontation wie unter Aḥmadinežād.

Der Schock über die Erfahrung mit Aḥmadinežād führt zu einer nachgerade ostentativen „Harmoniesucht“, um die „gesetzliche Feindschaft“ (*yek nezāʿ-e qānuni* so der Titel des Artikels von *Soheyl Motavalli in HŠM 114, S. 37f.*) der beiden Institutionen zu überwinden. Vor allem geht es um die zeitraubenden parlamentarischen Fachanfragen, von denen sich nach Ansicht iranischer Experten und Parlamentarier viele durch bessere Vorbereitung der Volksvertreter vermeiden ließen. Hier bringt sich der Direktor des wissenschaftlichen Dienstes des Parlaments ins Spiel, der Parlamentarier und ehemals stellvertretender Vizevorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Kāžem Ġalāli (siehe sein Interview mit *Yusef Mezāreʿi in HŠM 114, S. 52f.*). Er schlägt die Unterzeichnung eines „Dokuments

für Zusammenarbeit“ (*sanad-e hamkāri*) vor, mit dem sein Institut eine größere Rolle im Gesetzgebungsprozess einnehmen soll, indem es die nötige Expertise den Abgeordneten von Anfang an zur Verfügung stellt. Interessant ist, dass von niemand der Vorschlag kam, mittels Geschäftsordnungsänderung die Möglichkeiten zur Obstruktion zu begrenzen. Meiner Ansicht spielt Ġalālis Ehrgeiz hierbei eine Rolle, da ein derartiges Dokument ein Art „Koalitionsvertrag“ wäre, in dem jede Regierung auf den Forschungsdirektor Bezug nehmen muss. Da dieser im Falle Ġalālis auch Abgeordneter und Fraktionsführer einer der prinzipalistischen Fraktionen ist, bedeutete die Anerkennung seiner politikberatenden Funktion eine Stärkung seiner politischen Person gegenüber Parlamentspräsident Lāriġāni und Präsident Ruḥāni. Die Politisierung einer relativ geringen Verfahrensveränderung wie dieser ist typisch für die vielen verschiedenen Sach- und Personalzwänge in der iranischen Politik. Das Resultat sind unklare Kompetenz- und Verantwortungsbereiche und davon abgeleitet, Rechtsunsicherheit. Geht es aber nach den [Vertretern der Reformkommission im Parlament](#), soll damit bald Schluss sein und Parteien an die Stelle der verschiedenen ad-hoc gebildeten Wahllisten und Fraktionen setzen. Fragen der Parteienfinanzierung, der Rolle der Medien (Sendezeit!), der Mitgliedschaft usw. sollen in einem neuen Parteiengesetz, das zurzeit im Parlament diskutiert wird, geregelt werden. Damit sollen negative Konfrontationen und gegenseitige Blockaden wie die zwischen Aḥmadineżād und dem Parlament im Jahre 2010 verhindert werden.

Noch haben aber jene Autoren wie Amir Dabir-Mehr recht, die im Herbst des letzten Jahres daran erinnerten, dass die wichtigsten konkreten Kritikpunkte an Aḥmadineżād, wie sein Verhalten gegenüber dem Parlament und staatlichen Institutionen, sein Umgang mit eingespielten Prozeduren und der Führungselite des Landes, genau jene Probleme sind, mit denen jede Regierung, die Reformen ernsthaft angehen wird, konfrontiert sein wird. (siehe *Amir Dabir Mehr in HŠM/111, S. 42, 43*) Darüber hinaus verschafft das allgemeine Aḥmadineżād-bashing (siehe die Artikel in *HŠM/111, S. 31-47*) der neuen Regierung zwar einen Startvorteil, doch die großen Probleme des Landes müssen erst gelöst werden, allen voran die Wirtschaft.

Wirtschaftspolitik: Liberalisierung und Verwaltungsreform

Erwartungsgemäß versucht Ruḥāni den Druck auf die iranische Wirtschaft durch eine Lockerung oder gar Aufhebung der internationalen Sanktionen zu vermindern. So sprach er in seiner [Rede vom 3. Juni 2014](#) anlässlich des 25. Todestages Homeynis davon, dass „wir – gemeint ist die Regierung – die Fesseln der ungerechtfertigten Sanktionen zerreißen werden.“ Allerdings sind die Sanktionen nicht das einzige Problem der iranischen Wirtschaft. Gesetzt den – unwahrscheinlichen – Fall, dass diese über Nacht aufgehoben würden, bleiben immer noch große und wichtige Fragen wie Sicherheit für Investoren, die Frage der Subventionen, Privatisierung usw. an denen bis jetzt noch alle Regierungen gescheitert sind. Die wichtigsten Minister in Ruḥānis Kabinett sind ohne Zweifel privatwirtschaftlich orientiert und wollen den Kurs der „Wiederaufbauregierung“ Rafsanġānis von Anfang der 1990er Jahre fortsetzen. Dem steht jedoch eine Phalanx wirtschaftsfeindlicher Traditionen gegenüber: autoritäre Staatshörigkeit und damit einhergehend wirtschaftlicher Unterschleif, Unterentwicklung auf gesetzlichem Gebiet, Misswirtschaft und eine missglückte Privatisierung.

Pseudo-Privatisierung und Unterschleif

Diese „Pseudo-Privatisierung“ in der 17% der verstaatlichten Unternehmen an den Privatsektor und 83% an halbstaatliche Institutionen verkauft wurden, führte zum Aufstieg des „Subunternehmerstaates“ und seinen dramatischen Folgen: lag das Wirtschaftswachstum 2005 noch bei +6,9%, lag es 2011 bei -1,7% und 2012 bei -5,4%, die Lebenshaltungskosten stiegen von 10,4% im Jahr 2005 auf über 40% im Sommer 2013 und sind damit die dritthöchsten weltweit. Einem [Bericht der iranischen Zentralbank](#) vom Juni 2014 zufolge nahmen die Preise für Reis um 5%, für frisches Obst um 32% und für Fleisch um 6% bzw. 12% im Vergleich zum Vorjahr zu. (Siehe Kevan Harris, „*The Rise of the Subcontractor State: Politics of Pseudo-Privatisation in the Islamic Republic of Iran*,“ *International Journal of Middle East Studies*, 45/2013, S. 45-70; Jahangir Amuzegar, „*Ahmadinejad's Legacy*,“ *Middle East Policy*, 20/4 Winter 2013, S. 124-133.) Mit einiger Verbitterung rät [Tābnāk](#)

[daher seinen Lesern](#), „Kaut gut und eßt weniger...“ Diese Probleme sind den iranischen Marktwirtschaftlern freilich bekannt. Die gesellschaftlich konservative aber wirtschaftsliberale Webseite *Alef* thematisiert derlei regelmäßig. Die starke Präsenz des [in Saudi Arabien produzierten Fruchtsaftes „Rāni“](#) auf dem iranischen Markt benutzt der Autor Seyyed Amir Sayyāh um seinen Landsleuten [den Spiegel vorzuhalten](#): sie sollen endlich ihre Vorurteile über die Araber abbauen, wettbewerbsfähige Produkte herstellen und das Leben von Unternehmern erleichtern. Seinen Wunsch legt er einem pakistanischen Unternehmer in den Mund:

„hier [in Saudi Arabien] sind die Beamten nicht korrupt und anstatt Unternehmer und Händler zu beneiden und zu sekkieren, helfen sie ihnen, damit sie mehr produzieren und exportieren können.“

Das mag eine idealisierte Beschreibung der saudischen Beamtschaft sein, ins Gegenteil gewendet ist es eine Darstellung des iranischen Ist-Zustandes. Die iranischen Wirtschaftsverhältnisse führen immer wieder zu Überraschungen. So stellte das iranische Parlament fest, dass mindestens [55 Firmen der Islamischen Republik Wirtschaftsbeziehungen zu Israel](#) unterhalten. Die folgenden Fälle wurden auch in der westlichen Öffentlichkeit bekannt: der Imports israelischen Orangen im Jahre 2009 und der Beladung eines israelischen Tankers der 'Ovfer/Ofer Brüder im Jahre 2010. Dies wurde seinerzeit von den amerikanischen Behörden geahndet. Die iranischen Behörden erklärten damals, sie hätten nicht gewusst, wem die Aktienmehrheit der in Singapur registrierten Reederei gehörte. Und zu guter Letzt sind auch der Verkauf gebrauchter israelischer Hubschrauber an Schweden im Jahr 2005 und der Weiterverkauf von sechs Helikoptern an Iran im darauf folgenden Jahr erwähnenswert. Vor geraumer Zeit ließ der Abgeordnete für Ardabil, Moṣṭafā Afzāli-Fard einen Bericht über die 55 Verdachtsfälle für das Geheimdienstministerium und das Außenministerium erstellen, sollte sich der Verdacht bestätigen, fordert der Abgeordnete die sofortige Auflösung der inkriminierten Firmen. Geheimdienst und Außenministerium lassen sich offensichtlich Zeit mit der Antwort.

Wirtschaftstheorie als Sicherheitspolitik

Ruḥāni selbst ist ein typischer Etatist. Das geht sehr deutlich aus einem Buch hervor, das er während seiner Zeit als Direktor des [Centers for Strategic Research \(Markaz-e taḥqīqāt-e esterātežik\)](#) in Teheran verfasste. Insgesamt schrieb er in den Jahren 2005-2010 zwei Bücher, die sich im Rückblick als programmatisch für seine präsidentiale Zukunft herausstellen sollten: international bekannt wurde „Nationale Sicherheit und die Atomdiplomatie“ (ausgezeichnet rezensiert von *Farideh Farhi in Iranian Studies*, No 47/2, März 2014) weniger bekannt wurde „Nationale Sicherheit und unser Wirtschaftssystem“. An dieser Arbeit Ruḥānis schrieben Koautoren mit, die man später in seinem Kabinett wieder findet: Akbar Torkān, Moḥammad Ḥoseyn Molāyeri, Moḥammad Nehāvandiān und Moḥammad Bāqer Noubahṭ. In seiner Arbeit betrachtet Ruḥāni die wichtigsten Aspekte des Wirtschaftslebens aus sicherheitspolitischer Perspektive. Sein über 800-Seiten starkes Oeuvre hat beinahe enzyklopädischen Charakter in 24 Kapiteln mit jeweils (!) bis zu 20 Unter- und Unterunterkapiteln behandelt alle erdenklichen Themen, von den Natur- und Bodenschätzen bis zur Wirtschaftskriminalität (*feṣād-e eqteṣādī*), von der Produktion bis zur Veredelung, Import und Export, *good governance* Armuts- und Reichtumsverteilung, *brain drain* und Flüchtlingszustrom usw. Bei einem dermaßen umfangreichen Werk kann natürlich nicht jeder Aspekt gleich intensiv behandelt werden. Dennoch scheint mir die Kürze mit der er ein wichtiges Thema wie die Privatisierung (S. 766f.) abhandelt nicht gerechtfertigt. Dafür behandelt er Korruption und Korruptionsbekämpfung sowie Wirtschaftskriminalität in mehreren Kapiteln. Das letzte Kapitel titelt sinnigerweise „Die Notwendigkeit zur Entwicklung und die Nationale Sicherheit“ (*touse'ā-maṭlub va amniyat-e melli*, S. 777-814; mehr als 2/3 der 24 Kapitelüberschriften enden mit „Nationale Sicherheit“) und verweist noch einmal auf die Bedeutung der [„20-Jahres Entwicklungs-Strategie der Islamischen Republik Iran \(ṣāšmandāz-e 20-sālā Ğomhuri-ye Eslāmi-ye Irān\)“](#) (S. 784). Wie nicht anders zu erwarten, werden auch die kulturellen und religiösen Werte der Islamischen Republik als integraler Bestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung verstanden. Im Prinzip repräsentiert sein Werk also die Tradition der autoritären Modernisierung und Entwicklung Irans, wie sie vom Vorgängerregime übernommen wurde - nur eben mit religiös-revolutionärer Verbrämung. Dass nicht

einmal ein einziges Unterkapitel dem freien Unternehmertum gewidmet ist, nimmt daher nicht wunder.

Verwaltungsreform

Weitgehend unbemerkt in westlichen Medien blieb Ruḥānī's Versuch einer Verwaltungsreform, die maßgeblich von seiner Erfahrung als Sicherheitsexperte geprägt ist. So war ihm als Generalsekretär des Hohen Nationalen Sicherheitsrates das Problem der entscheidungsunwilligen mittleren Führungsebene aus eigener leidvoller Erfahrung bekannt. Von einer Stärkung der Kompetenzen der mittleren und höheren Führungsebene (Gouverneure und darunter) erhofft er sich mehr Eigenverantwortung vor allem auch im Bereich von Maßnahmen für die Infrastruktur, sowie Impulse zu einer regionalen/dezentralisierten Wirtschafts- und Standortpolitik. Damit kommt er dem von Moḥsen Reżā'ī vorgeschlagenen „ökonomischen Föderalismus“ sehr nahe. (*HŠM 115, S. 23*) Im Gegensatz zu Reżā'ī geht es Ruḥānī und seinem Innenminister nicht um das Ziel, die Islamische Republik Iran zu einem Föderalstaat umzuwandeln, sondern darum, wirtschaftliche Aktivitäten in den Provinzen anzufachen oder zu initiieren. Seine Vorstellung von den Aufgaben eines Gouverneurs bleiben jedoch etatistisch und im Prinzip laufen seine Reformversuche – wenn man sie denn als solche bezeichnen darf – darauf hinaus, dass die Gouverneure die Wirtschaft ankurbeln und in ihrem Führungsstil mehr auf Experten und die Bevölkerung hören. (Siehe die folgenden Interviews: *Fāṭemā Alvandī*: „Die Gouverneure müssen eine genaue Kopie des Präsidenten sein!“ *HŠM 115 28f.* und *Yusef Mazāre'ī* und *Seyyed 'Aṭā'ollāh Sināyī*: „Erlauben Sie bitte, dass der Gouverneur seine Arbeit erledigen darf“ *HŠM 115*) Ruḥānī selbst betont die Rolle der Gouverneure als sicherheitspolizeiliche, gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Vertreter des Staates in den Provinzen. Dennoch ist er kein Zentralist und die drei Kernpunkte seines Reformplanes lauten: größere finanzielle Verantwortung und Budgethoheit in den Provinzen, Verantwortung für regionale Entwicklungsprogramme und – am interessantesten – die Verstärkung der Bürgerbeteiligung durch Stärkung wählbarer Gemeindevertretungen, sogar an richtige Lokalwahlen wird gedacht. Hierzu muss er in den Provinzverwaltungen neues Personal einsetzen. Ruḥānī bemühte sich dabei Personen aus allen politischen Lagern zum Zug kommen zu lassen, was ihm und seinem Innenminister sofort zur Last gelegt wurde: die Reformisten beschwerten sich über die Ernennungen der Gouverneure in Kurdistān und Āzerbāyğān während die Prinzipalisten die Ernennung der Gouverneure von Yazd und Sistān und Balučestān beklagten, die den Reformisten nahe stehen. (*HŠM 115, S. 22f.*) Daran dass in den Provinzverwaltungen durchgegriffen wird, kann jedenfalls kein Zweifel bestehen. [So traten Anfang Juni fünf hohe Beamte der Provinzverwaltung](#) von Alborz aus vermeintlich freien Stücken zurück. Über die eigentliche Ursache wird seither spekuliert.

Außenpolitik

Von Anfang an setzte die Regierung Ruḥāni auf internationale Deeskalation und Professionalisierung der außenpolitischen Kader. Im Eiltempo griffen der neue Präsident und sein Außenminister die wichtigsten heißen Eisen der Islamischen Republik an: den Atomstreit und damit verbunden, die heiklen Beziehungen zu den USA. Darüber hinaus sollten die Beziehungen zur Türkei und Saudi Arabien verbessert und die Situation in Syrien stabilisiert werden. Trotz Fortschritte auf den meisten Gebieten, kann von einem Durchbruch noch lange nicht die Rede sein. Das gilt zunächst für den Atomstreit, der sich wahrscheinlich um weitere Monate verlängern wird, obwohl die iranische Seite maßgeblich zur Schaffung eines konstruktiven Verhandlungsklimas beigetragen hat und die Abordnungen beider Seiten endlich die eigentlichen Probleme verhandeln. Auch die Beziehungen zu den USA haben sich verbessert. Amerikanische Regierungssprecher geben in der iranischen Presse Interviews, die unzensuriert erscheinen können und Washington und Teheran unterhalten einen eigenen Verhandlungsstrang neben dem E3+3 Format. Allerdings ist in keinem der beiden Punkte ein wirklicher Durchbruch zu erkennen.

In der Region kam es in den letzten Monaten zu kleinen Verbesserungen der bilateralen Beziehungen mit Kuwait (die ohnehin leidlich gut waren) und den Emiraten. Die von Teheran erwünschte Normalisierung der bilateralen Beziehungen mit Saudi Arabien scheint jedoch in weite Ferne gerückt zu sein. Etwas besser gestalten sich die Beziehungen zur Türkei, doch scheinen die Türken in erster Linie an Wirtschaftsbeziehungen interessiert zu sein, während Teheran auf regionale Kooperation hoffte. Einzig in Syrien konnte Iran einen Erfolg verbuchen und seinen syrischen Verbündeten halten. Doch trägt die (vermeintliche?) Stabilität des Regimes in Damaskus kaum zur eigenen Sicherheit Irans bei. Denn der Fall der strategisch wichtigen Stadt Moṣul bringt radikale sunnitische Dschihadisten (*takfiri*) gefährlich nahe an die iranische Grenze.

Atomstreit und Innere Opposition

Die Zukunft der Ruḥāni Administration hängt wesentlich von der Lösung des Atomstreits mit den fünf ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrats und Deutschland ab (E3+3 bzw. P5+1) ab. Gelingt ihm hier der Durchbruch, wäre der islamistische „Widerstandsdiskurs“ und somit das politische Lager der radikalen Ḥezbollahis und Prinzipalisten auf Dauer so geschwächt, dass es innenpolitisch Konzessionen machen muss und die Deutungshoheit über die Außenpolitik des Landes endgültig verliert.

Iranische Innen- und Außenpolitik waren im Atomstreit immer verzahnt. So waren im Jahr 2002 innenpolitische Gründe für den Transfer des Nukleardossiers vom Außenministerium zum Hohen Nationalen Sicherheitsrat (HNSR) ausschlaggebend. Ebenso für die Ablöse Ruḥānis (2005) und später Lāriḡānis (2007) als Generalsekretäre des HNSR. Die Ablöse des letzteren und seine Ersetzung durch den in internationalen Affären unbefangenen und zum Teil irritierend hilflos auftretenden Saʿid Ḡalili war einer der Hauptgründe für den Bruch zwischen den konservativen Modernisierern um Lāriḡāni und den von Aḥmadineżād vertretenen Richtung der Ḥezbollahis, auch wenn beide Strömungen der Form halber noch unter dem Dach der „Prinzipalisten“ vereint blieben. Rückblickend auf die Dekade der Nuklearverhandlungen betonen Ruḥāni und die ihn unterstützende Presse, dass erst unter Aḥmadineżād das Nukleardossier an den Weltsicherheitsrat ging und die internationale Gemeinschaft begann, die Islamische Republik zu isolieren, während unter seiner Ägide im HNSR die Verhandlungen mit der internationalen Gemeinschaft einen diplomatischen Prozess einleiteten, der immerhin mit dem Pariser Abkommen 2004 zu einer tragfähigen diplomatischen Zwischenlösung führte. (Aṣḡar Ṣufi, *„Eine Dekade, ein Dossier, vier Verhandler,“* HŠM 115, S. 66-69.) Als Gründe für die Eskalation unter Aḥmadineżād nennen iranische Analysten eine politische Fehleinschätzung – Aḥmadineżād glaubte nicht an Ölsanktionen – und ein Mentalitätsproblem – die stolzen Ḥezbollahis verstanden unter Verhandlungen nur Kapitulation. (Maryam Neżāmi, *„Aḥmadineżād dachte, Ölsanktionen seien unmöglich,“* HŠM 115, S. 72-74; Mir Ḡalāloddin Amir, *„Verhandlungen führen heißt nicht kapitulieren,“* HŠM 115, S. 75-77). Das war auch der Grund, warum Ruḥānis Außenpolitik

und vor allem sein Verhandlungsteam mit der internationalen Gemeinschaft von Anbeginn an unter heftige Kritik seiner Gegner kam, ohne dass diese freilich viel auszurichten vermochten. Mit ihrer Kritik am Zwischenabkommen von Genf 2013 hatten sie offensichtlich den Bogen überspannt, weil sie nicht wahrhaben woll(t)en, dass Revolutionsführer Ḥamēnā'i persönlich an einer Lösung interessiert ist. *Farāru* schlägt daher in einem Kommentar vom 10. Ḥordād 1393/31. Mai 2014 eine interessante Lesart - „zwischen den Zeilen“ - der Kritik an Ruḥāni vor: unter dem Titel [„die Veränderung der Angriffe auf Ruḥāni: von Genf ins Paradies“](#) argumentiert der anonyme Autor, dass dies als Niederlage zu werten sei und an einer konzertierten Aktion gegen ein Nuklearabkommen aus diesen Kreisen nicht mehr zu rechnen ist.

Internationale Atompolitik

Die Frage wie stark die Ölsanktionen zur Verhandlungsbereitschaft Irans beitrugen, wird kontrovers beantwortet. Während manche Autoren die direkten Auswirkungen der Sanktionen auf das iranische Verhalten als Wunschdenken disqualifizieren (z.B. *Moḥammad Ḡamšidi*, „*Falsche Rechnung*,“ *HŠD* 81, S. 20, 21) rechnen sie andere Autoren als wichtigen Faktor ein, den die iranische Diplomatie berücksichtigen müsse (so *Nāder Sā'ed*, „*Sachzwänge der Nukleardiplomatie*,“ *HŠD* 81, 22-27). Den Sachzwängen der internationalen Politik begegnet Präsident Ruḥāni mit Professionalismus und Expertentum. Dazu gehört die Rückkehr international versierter Kader wie Außenminister Ṣarīf und der Rück-Transfer des Nukleardossiers in das Außenministerium. Mit Ṣarīf einigte sich Ruḥāni auf eine 10-Punkte Strategie, zu der praktische Maßnahmen gehören wie die Zentralisierung der Nuklearangelegenheiten beim Außenminister, ein strikter Zeitplan und schrittweises Vorgehen, sowie Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Medienarbeit, Zurückhaltung im Bereich der Propaganda, volles Ausschöpfen des Völkerrechts und die Betonung, dass man ein endgültiges Abkommen mit der Internationalen Gemeinschaft anstrebt. Von innenpolitischer Bedeutung ist die Aufrechterhaltung eines Minimalkonsenses unter Einbindung möglichst vieler politischer Gruppen und Strömungen. Ein wichtiges Ziel haben die Iraner ihrer Meinung nach bereits erreicht: den Transfer des Nukleardossiers vom Weltsicherheitsrat zurück zur IAEA. Dieser Aspekt wird in den westlichen Medien gerne übersehen, er ergibt sich jedoch logisch (d.h. nach iranischer Lesart) allein aus der Tatsache, dass mit den E3+3 im Zuge des Genfer Abkommens nun über technische Details verhandelt wird, die im Verantwortungsbereich der IAEA liegen. Um das zu erreichen, war Ruḥāni bereit, einen Tabubruch zu begehen und mit den USA direkt Gespräche zu führen. (*Aṣḡar Ṣufi*, „*10-Punkte Strategie Ṣarīf-Ruḥāni*,“ *HŠM* 115, S. 80-82, siehe auch einen [Leitartikel Ṣarīfs zum Thema](#).)

US-Iranische Beziehungen

Für Ruḥāni war das Engagement mit den Europäern und den Staaten der Blockfreienbewegung Anfang 2002 ohnehin nur die zweite Wahl. In Wirklichkeit wollte er damals schon eine bilaterale Einigung mit den USA erreichen, (*Aṣḡar Ṣufi*, „*Eine Dekade, ein Dossier, vier Verhandler*,“ *HŠM* 115, S. 66-69) was Rückschlüsse auf sein aktuelles Politikverständnis erlaubt. Das erklärt die Warnung US-kritischer Kreise, dass trotz direkter Verhandlungen der strategische Gegensatz zu den USA noch lange nicht aus der Welt geschafft ist. Als Kronzeuge für die kritische Haltung zu den USA wird Revolutionsführer Ḥamēnā'i zitiert, der bei mehreren Gelegenheiten den Mangel an Vertrauen zwischen beiden Seiten betont: er verweist auf die islamische Revolution in Iran, die als Reaktion auf die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten des Landes zu lesen sei, während für die USA die Feindschaft zum Iran und Islam die beiden Eckpfeiler ihrer Ideologie darstellen. Bemerkenswert ist seine Warnung an das Verhandlungsteam, sie mögen sich nicht zu sehr auf Gespräche mit den Amerikanern verlassen sondern sollen die innenpolitische Szene mit einbeziehen. Allein daran lässt sich erkennen, wie stark der Widerstand innerhalb der iranischen Eliten gegen ein Abkommen mit den USA ist. Darüber hinaus wirft Ḥamēnā'i unter Verweis auf das Istanbul-Abkommen von 2010 den USA auch Wortbruch und Vertragsuntreue vor, denn seiner Meinung nach hätte man sich damals bereits mit den Europäern geeint, doch sei die Einigung von den Washington hintertrieben worden. Und schließlich geht der Revolutionsführer auch davon aus, dass die USA ohnehin quasi Befehlsempfänger der „zionistischen Lobby“ seien. („*Mangelndes Vertrauen*,“ *HŠD* 81,

S. 16, 17.) Dennoch bringt die *Hamšahri Diplomātik* in derselben Nummer ein langes Interview mit Alan Eyre, dem Sprecher des amerikanischen Außenministeriums über die Rolle Irans in der Region. Eyre unterstrich dabei die bekannte Position der USA, indem er das Recht des Landes für ein ziviles Nuklearprogramm einerseits bestätigte andererseits jedoch auf das inakzeptable militärische Potential des Programmes hinwies. Ein Satz Eyres macht auf ersten Blick Staunen:

„Die internationale Gemeinschaft fürchtet keinen unabhängigen und mächtigen Iran (*Irān-e mostaqalli va moqtader*). Das was die Weltgemeinschaft am meisten wünscht ist, dass Iran wieder (sic! *bār-e digar*) eine konstruktive Rolle (*naqš-e sāzandā*) in der Region spielen wird.“ Iranische Leser werden nicht umhin können, dies als amerikanische Bestätigung der Vormachtrolle des eigenen Landes aufzufassen. Freilich verstehen die USA und Iran etwas anderes unter „konstruktiver Rolle“ und Eyre kommt im selben Interview gleich auf den zur Zeit wichtigsten Gegensatz zwischen den USA und Iran zu sprechen: die Situation in Syrien. (*Moḥammad Ḥasan Nuri, „Iran hat große Fähigkeiten zur Einflussnahme,“ HŠD 81, S. 18, 19; Interview mit Alan Eyre.*)

Je näher der Termin 20. Juli für den erhofften Abschluss der Nuklearverhandlungen rückte desto nervöser reagierten die Iraner auf Spekulationen in der internationalen Presse, wonach die Verhandlungen noch mindestens sechs Monate dauern würden. Knapp vor der nächsten Verhandlungsrunde in Wien [überraschten die USA mit der Meldung](#), sie würden sich mit dem iranischen Verhandlungsteam am 9. Juni in Genf treffen. Dem hochrangig besetzte Treffen (Teilnehmerlisten siehe [hier](#) und [hier](#)) kam für alle Beteiligten überraschend, die Teilnahme von William Burns und Jake Sullivan von der amerikanischen Seite wird von [Alan Eyre in einem Interview mit Entehāb](#) mit dem baldigen Ausscheiden der amerikanischen Verhandlungsführerin Wendy Sherman begründet. Dem Treffen, an dem auch Helga Schmidt, vom Europäischen Auswärtigen Dienst teilnahm, ging der Besuch eines amerikanischen Priesters, der als geistlicher Berater Obamas gilt voraus. [Saʿid Seyf von Ārmān \(20. Hordād/10. Juni 2014\) kommentierte](#) dieses Treffen als Beweis für die Ernsthaftigkeit beider Seiten zu einer Verhandlungslösung zu kommen. So sollen unbestätigten Berichten zufolge [Iran und die USA auch über Sanktionserleichterungen](#) gesprochen haben. In einer anschließenden Pressekonferenz deutete Irans Chefunterhändler ʿAbbās ʿArāqči an, dass das europäische E3-Team bald nach Teheran kommen könnte, eine Reise des amerikanischen Teams nach Teheran schloss Eyre unter Hinweis auf die direkten bilateralen Gespräche zwischen den USA und Iran jedoch aus. Damit bleibt nur noch anzumerken, dass Sullivan und Burns auch maßgeblich an den US-iranischen Geheimgesprächen beteiligt waren und somit die Möglichkeit besteht, dass im Falle eines Stockens des E3+3 Prozesses der bilaterale Verhandlungspfad wichtiger wird. Dabei tragen die Europäer maßgeblich selbst dazu bei, dass die USA für Iran immer interessanter werden: während John Kerry von iranischen Medien zitiert wird, dass er die Hilfe Irans, Rußlands und sogar der Hizbullah zur Lösung der Situation in [Syrien](#) in Anspruch nehmen würde, weisen iranische Medien die Äußerungen des [französischen Außenministers](#), nach einer neuerlichen Reduzierung der Anzahl der iranischen Zentrifugen, aufs neue zurück.

Iran und die Staaten der Region

Langsam scheint auch Bewegung in das Verhältnis Irans zu seinen arabischen Nachbarn zu kommen: Anfang Juni 2014 besuchte eine [hochrangige Handelsdelegation der Vereinigten Arabischen Emirate](#) den Iran. So wurde auf der Webseite der iranischen Regierung verkündet, dass die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter vertieft werden sollen. Als ein erster Schritt in diese Richtung werden Investitionen aus den Emiraten, vor allem aus Dubai in den iranischen Tourismussektor erwähnt. Von besonderer politischer Bedeutung ist jedoch der Besuch des Emirs von Kuwait in Iran, der in den Medien großen Widerhall fand. Die Bedeutung dieses Besuchs lässt sich schon daran ablesen, dass der letzte Staatsbesuch eines Emirs aus Kuwait in Iran Ende der 1960er Jahre stattfand, wie [Außenminister Zarif am 2. Juni in einer Pressekonferenz ausführte](#). [Mehdi Molavi von Alef wies in seinem Kommentar](#) auf die allgemein guten Beziehungen zwischen Teheran und Kuwait hin und stellte die Frage, ob angesichts der regionalen Entwicklung dieser Staatsbesuch auch ein Vermittlungsversuch zwischen Iran und Saudi Arabien sein könnte. Dies wurde von der Sprecherin

des Außenministeriums, [Marżiyä Afham jedoch zurückgewiesen](#). Der Besuch diene ihren Ausführungen nach in erster Linie der Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Dabei wurden verschiedene Abkommen und Verträge unterzeichnet, unter anderem auch im Bereich der polizeilichen Sicherheit. In den Gesprächen wurden freilich auch Fragen der regionalen Sicherheit vor allem die Situation in Syrien und Irak erwähnt. Hauptgegenstand der [Gespräche mit dem Revolutionsführer](#) seien aber vor allem Sicherheitsfragen im Persischen Golf gewesen.

Syrien und Ägypten

Die iranische Syrienpolitik hatte bis zum Amtsantritt Ruḥānis im Sommer 2013 bereits mehrere Wandlungen hinter sich. Unter anderem hatte Teheran versucht, mittels „track two“ Diplomatie mit einigen westlichen Staaten zu einer gemeinsamen Lesart zu kommen. Der relative militärische Erfolg Asads und die – ebenfalls relative – Stabilisierung seines Regimes, sowie das Scheitern der Genfer Verhandlungen (siehe *Karim Ġaʿfari, „Vom Schützengraben zum Verhandlungstisch,“ HŠD 81, S. 72-77*) bestärkten die Iraner jedoch darin, mit möglichst geringem eigenen Einsatz (Freiwillige Kämpfer, nachrichtendienstliche und wirtschaftliche Unterstützung, libanesische Hizbullah...) die eigene Position zu wahren und im übrigen auf die Wahlen in Syrien zu verweisen. Die konservative Onlineplattform *Alef* kann den syrischen Wahlen vom 3. Juni 2014 sogar einen [demokratischen Fortschritt abgewinnen](#) (!): Denn erstmals seit der Errichtung der Familienherrschaft des Asad Clans waren mehr als nur ein Kandidat zur Wahl zugelassen! Andere Onlineportale wie die liberale *Farāru* verzichteten auf derlei Analyse, zeigten in ihrer [Fotoserie](#) aber viele unverschleierte Frauen und öffentlich sichtbare Stimmabgaben – selbstverständlich für Asad. Nur wenige Medien, wie die ḥezbollāhi Plattform *Šaffāf* gingen so weit, die Wahlen als [Beweis für die große Beliebtheit](#) Bašār Asads zu deuten. Der außenpolitische Berater des Revolutionsführers, ʿAli Akbar Velāyati wusste aber ohnehin, dass die Chancen für Asad wieder gewählt zu werden, [ausgezeichnet waren](#). Auf seiner [eigenen Webseite](#) betont Velāyati, dass durch diese Wahl das syrische Regime an Legitimität gewonnen hat.

Die Anerkennung des „Wahlsieges“ Asads durch die iranische Regierung und die freundliche Berichterstattung in der iranischen Presse waren zu erwarten. Dabei handelt es sich in erster Linie aber nicht nur um einen Akt der Unterstützung für das syrische Regime sondern entspricht einem Prinzip der Nichteinmischung und Anerkennung von Wahlergebnissen in den Staaten der Region. So wurde der Wahlsieg des Ex-Generals Al-Sisi in Ägypten weitgehend [kommentarlos wiedergegeben](#). *Tābnāk* zitierte ägyptische Zeitungen, wonach [Ruḥāni zur Inauguration Al-Sisis nach Kairo](#) eingeladen wurde. Da Ägypten und Iran seit 30 Jahren nur eingeschränkte politische Beziehungen unterhalten, wurde dieser Einladung hohe Bedeutung zugemessen. Dennoch wäre es [aus iranischer Sicht unklug](#) gewesen, angesichts des [Totalboykotts der Wahlen durch islamistischer Gruppen in Ägypten](#) der Inauguration des säkularen Generals zum Präsidenten auf Ebene der Staatsspitze beizuwohnen. Letzten Endes reiste der Vizeaußenminister für arabische und afrikanische Angelegenheiten, Ḥoseyn Amir ʿAbollāhiyān nach Kairo.

takfiri

Teheran nimmt die Bedrohung durch radikale Sunniten/Djihadisten sehr ernst. Durch den Bürgerkrieg in Syrien rücken tschetschenische und andere kaukasische und zentralasiatische Gruppen, die bislang auch im Iran kaum bekannt waren, in das Blickfeld der iranischen Öffentlichkeit. (*Mehdi Ḥoseyni, „Die Zurückgebliebenen der Generation Kalaschnikow,“ HŠD 81, S. 98-101*). Besonders große Sorge bereitet den Iranern dabei die Entwicklung der Organisation „Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL; persisch: Dāʿeš: *doulat-e eslāmi dar ʿErāq va Šāmāt*)“ deren Aufstieg und potentiell Bedrohungspotential für Iran in einer Ausgabe der *Hamšahri Diplomātik* vom Februar 2014 analysiert wurde (*Ġaʿfar Ḥaqq-Panāh, „Arena des Extremismus,“ HŠD 80, Bahman 1392/Februar 2014, S. 24-26*). Spätere Ereignisse wie die Einnahme Mošuls Mitte Juni 2014 bestätigten die Gefahr, die von dieser Gruppe ausgeht. *Tābnāk* betont [die strategische Bedeutung der Einnahme Mošuls](#) und führt weiter aus, dass die Gruppe finanziell durch Ausplünderung der

Banken der Stadt und materiell durch zurückgelassenes Kriegsgerät gestärkt sei. In einer [Analyse der militärischen und politischen Fähigkeiten](#) des Dāʿeš zeigen sich die anonymen Autoren von der schnelle Entwicklung und hohen Leistungsfähigkeit der Gruppe überrascht. Besonders beunruhigend aus iranischer Sicht ist dabei die Tatsache zu werten, dass es weder in Syrien noch im Irak Widerstand von Seiten der Bevölkerung gegen die Expansion dieser Gruppen gegeben hat. Dāʿeš ist nun nahe an die kurdischen und schiitischen Gebiete des Irak herangerückt, womit sich die Parameter des Konflikts verändern – in welche Richtung verraten uns die Autoren nicht. Im Zusammenhang mit dem Fall Moşul betonen iranische Irak-Experten die [Rolle Saudi Arabiens](#), das seiner Ansicht nach „die Terroristen im Irak beschützt und führt.“ Ähnliche Vorwürfe werden in der gesamten iranischen Presse erhoben, so auch in [einer dem iranischen Sicherheitsapparat nahe stehenden Webseite \(Bāztābonline\)](#). In der dort veröffentlichten Analyse über Dāʿeš werden neben Saudi Arabien auch Qaţar als Hintermänner dieser Gruppe genannt. Derlei Anschuldigung haben offizielle iranische Stellen bislang vermieden, doch das scheint sich zu ändern. So gab Revolutionsführer Ḥāmenāʿi in einer [Rede vom 14. Hordād 1393/4. Juni 2014 die verbindliche Lesart](#) über die *takfiris* vor: es handelt sich nach seiner Darstellung um ungebildete und verführte Elemente, die zu keiner eigenen Urteilsfindung fähig und von ausländischen Geheimdiensten (*servishā-ye amniyati*) fremdgesteuert sind. Zwar werde man mit aller Macht gegen sie vorgehen, wenn sie den Iran direkt angreifen, aber sie sind nicht der eigentliche Feind. Dieser seien jene Kreise, die nichts unversucht lassen, um Zwietracht unter den Muslimen zu säen. Im Zusammenhang mit dem Besuch des Emirs von Kuwait wurde Revolutionsführer Ḥāmenāʿi noch deutlicher: so drückte er seine Besorgnis über die Zunahme der terroristischen Aktivitäten der *takfiri* aus, die von manchen Staaten in der Region geduldet oder gar unterstützt werden. Damit ist vor allem Saudi Arabien gemeint, was wiederum die Vermutung Molavis – und das Dementi Afḥams – erklärt, wonach der Emir von Kuwait als Vermittler nach Teheran gekommen wäre.

Saudi Arabien

In seiner Analyse der iranisch-saudischen Beziehungen weist der Politikwissenschaftler Ḥamid Reżā Dehqān zunächst auf die Gemeinsamkeiten der beiden Staaten hin: beides sind Erdölstaaten und in der Außenpolitik beider Länder spielen Jerusalem und die Palästinafrage eine zentrale Rolle. Die Rivalität zwischen Teheran und Riyad sieht er in erster Linie strategisch begründet, Fragen der Ölpreispolitik und das jeweilige Verhältnis zum Westen wirken sich ebenfalls auf die bilateralen Beziehungen aus. Zu Recht weist er in diesem Zusammenhang darauf hin, dass selbst als beide Staaten als prowestlich galten, die bilateralen Beziehungen kompliziert und teilweise gespannt waren. Die unterschiedlichen iranischen und saudischen Ansätze in der Frage Israel-Palästina (Widerstand um jeden Preis und Friedensplan König ʿAbdollaḥs) führt er auf die jeweiligen Ideologien – sunnitischer Wāḥhabismus und revolutionärer Schiismus – zurück. Die Konsequenz der religiös-ideologischen Verschärfung des strategischen Gegensatzes ist seiner Ansicht nach eine Schwächung der politischen Handlungsfähigkeit der islamischen Welt. Dabei könnte die Region und die beiden Führungsmächte viel gewinnen – man denke nur an die komplementären Wirtschaften Irans und Saudi Arabiens. (*Ḥamidreżā Dehqān, „Gemeinsamkeiten und Differenzen,“ HŠD 81, S. 56-59.*) Die Annäherung und Verständigung mit Saudi Arabien wurde schon zu Aḥmadineżāds Zeiten versucht und ist eine Priorität für die Regierung Ruḥāni. Inwieweit dies angesichts der Situation in Syrien und Irak noch realistisch ist, bleibt abzuwarten.

Türkei

Deutlich mehr Erfolg scheinen den bilateralen Beziehungen zur Türkei beschieden zu sein. Diese hatten vor allem unter den Ereignissen in Syrien gelitten. Ein Neustart wurde Anfang des Jahres mit dem Besuch des türkischen Premierministers Recep Tayyip Erdoğan in Teheran gemacht. Aus iranischer Sicht wird das Verhältnis zur Türkei immer von einem gewissen Konkurrenzdenken bestimmt sein, das der Partnerschaft zwischen den beiden Ländern jedoch keinen Abbruch tut. Iran nimmt die internationale Unterstützung der Türkei gerne an, will sich aber nicht in die Abhängigkeit Ankaras begeben. Bestes Beispiel für diese Einstellung ist die Wahl Almaty als Konferenzort für die

Atomgespräche, nachdem einige Runden bereits in Istanbul getagt haben. Von besonderer Bedeutung sind die Wirtschaftsbeziehungen zum westlichen Nachbarn, deren Volumen sich von über 20 Milliarden Dollar im Jahr 2012 auf 15 Milliarden 2013 reduziert hatten. (*Ğaʿfar Haqq-Panāh*, „Ausgependelte Konkurrenz,“ *HŠD* 81, S. 60-63.) Kontakte zu iranischen Wirtschaftstreibenden in der Türkei waren daher ein wichtiger Teil des Besuchsprogrammes, das Ruḥāni, der als erster iranischer Präsident seit 20 Jahren die [Türkei offiziell besuchte](#), absolvierte. [Hauptthemen der Gespräche](#) waren jedoch die Situation in Syrien und im Irak - wahrscheinlich auch mit Blick auf die Kurdenfrage, sowie die Haltung der Türkei zu den E3+3 Verhandlungen und den Sanktionen. Auf bilateraler Ebene wurden Investitionen, Energie, Handel und der gemeinsame Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität erörtert. Ruḥāni wies auf zahlreiche gemeinsame Lesarten hin, wie in der Frage Jerusalems und der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, betont aber gleichzeitig, dass man sich in regionalen Fragen bisher nicht angenähert hätte. Außerdem verlieh er seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Türkei und Iran im Kampf gegen religiöse Extremisten zusammenarbeiten mögen. In seiner Antwort betonte Staatspräsident Abdullah Gül (ʿAbdollah Gol) Irans Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie und sprach sich dann für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen aus, ohne freilich ins Detail zu gehen. Immerhin unterzeichneten Iran und die Türkei [zehn Kooperationsabkommen](#), vorwiegend im Bereich der Wirtschaft. Genug jedenfalls für *Ārmān-e emruz* um [daraus einen „Staatsbesuch, der 30 Milliarden Dollar“ bringt, zu machen](#). Ruḥāni selbst klang auf der [Pressekonferenz](#), die er bei seiner Rückkehr gab, viel bescheidener: es sei noch viel zu tun, vor allem müssten die Probleme im Bankensektor schnell und ernsthaft angegangen werden. Daraus lässt sich schließen, dass es in den Fragen der Regionalpolitik zu keiner Annäherung kam. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit der Fall Moṣul und die [Erklärung der KCK](#) (=PKK), den bewaffneten Kampf mit Dāʿeš aufzunehmen, zu einer neuen Evaluierung der Möglichkeit sicherheitspolitischer Kooperation zwischen Ankara und Teheran beiträgt.